



## **PRESSEMITTEILUNG**

**17/ SEPTEMBER 2014**

Juso-Landesverband Niedersachsen  
Odeonstraße 15/16  
30159 Hannover  
Telefon: 0511-1674-223  
Fax: 0511-1674-211  
[info@jusos-niedersachsen.de](mailto:info@jusos-niedersachsen.de)

[www.jusos-niedersachsen.de](http://www.jusos-niedersachsen.de)

### **JUSOS NIEDERSACHSEN FORDERN KONSEQUENZEN NACH VERBALEN AUSFÄLLEN DER CDU-ABGEORDNETEN KARIN BERTHOLDES-SANDROCK GEGEN HOMOSEXUELLE LEHRERINNEN UND LEHRER**

Zur Reform des Sexualkundeunterrichts an niedersächsischen Schulen gefragt, wird die CDU-Abgeordnete Karin Bertholdes-Sandrock in einem Artikel der Nordwest-Zeitung vom 17.09.2014 mit den Worten zitiert: „Auf keinen Fall kann es sein, dass beispielsweise Schwule und Lesben in den Klassen allein gegenüber den Kindern auftreten.“ Dies, so die Abgeordnete, könne die Kinder ‚überfordern‘.

Der Landesvorstand der Jusos Niedersachsen zeigt sich entsetzt über die Anfeindungen gegenüber schwulen und lesbischen Lehrerinnen und Lehrern, die in dieser verbalen Äußerungen zum Ausdruck kommen, und fordert klare Konsequenzen: „Wir fordern die Abgeordnete auf, sich unverzüglich für ihre diffamierenden Äußerungen zu entschuldigen und ihren Posten als stellvertretende Vorsitzende im Kultusausschuss abzugeben“, so Matthias Bock, Mitglied des Juso-Landesvorstandes. Homosexuellen Lehrerinnen und Lehrern die Unterrichtskompetenz abzusprechen und unter Generalverdacht zu stellen, zeuge selbst von mangelnder pädagogischer Expertise.

Anstatt sich differenziert und inhaltlich über die Gesetzesvorlage zu äußern, bediene die CDU-Bildungsexpertin böartige Vorurteile, die man bisher eher der Alternative für Deutschland (AfD) zugetraut habe. Auch vor diesem Hintergrund sei David McAllister als Landesvorsitzender der CDU gut beraten, deutlich zu machen, dass derartige Diskreditierungen homosexueller Menschen in seiner Partei nichts verloren haben.

„Die Äußerungen von Frau Bertholdes-Sandrock sind ein Schlag ins Gesicht aller Schwulen und Lesben und ein Rückschlag im Kampf gegen sexuelle Ausgrenzung an Schulen“, so Bock.